

PARTEIENGESETZ

# Durchsichtige Geschenke



Ein Koffer voll Geld für die Parteikasse - wer hat da Nein gesagt? (Foto: Korhonen)

**Mehr Transparenz in Sachen Parteienfinanzierung fordern Déi Gréng seit Jahren. Bald könnte diese Selbstverständlichkeit auch in Luxemburg per Gesetz geregelt werden.**

(ik) - Weihnachtszeit ist Geschenkzeit. Auch Parteien und PolitikerInnen bekommen häufiger etwas geschenkt, zum Beispiel Geld für Wahlkampfszwecke. Doch während in anderen europäischen Ländern Parteien längst dazu verpflichtet sind, ihre Geldspenden offen zu legen, ist die Parteienfinanzierung hier zu Lande bisher nicht geregelt - laut Gesetz existieren Luxemburgs Parteien nicht einmal. Das könnte jetzt, nach Jahren der Bummelei und Untätigkeit, anders werden.

Fünf Punkte umfasst der Forderungskatalog zu einem Parteiengesetz, den die Déi Gréng am vorigen Freitag der Presse vorstellten. Neben der Anerkennung der Parteien in der Verfassung und einem verbindlichen Parteienstatut steht die "Pflicht der Rechenschaftslegung" ganz oben. Laut Grünen sollen künftig alle Parteien jährlich einen öffentlichen Rechenschaftsbericht beim Parlamentspräsidenten hinterlegen, der ihn dann an den Rechnungshof zur eingehenden Überprüfung weiterleitet.

Déi Gréng selbst geben sich vorbildlich. Sie setzten als eine der ersten Parteien auf umfassende Transparenz. So erhielten JournalistInnen auf der Pressekonferenz Einblick in die Finanztransaktionen, welche die Partei in den vergangenen 18 Monaten im Rahmen der Wahlkampagne tätigte. Die Bilanz: Stolz 646.000 Euro kostete der grüne Wahlkampf. Dazu steuerten Mitglieder und MandatsträgerInnen etwas mehr als die Hälfte bei, die staatliche Wahlkampfkostenrückerstattung deckte knapp 41 Prozent der Kosten. Der Rest von 3,66 Prozent kamen von insgesamt 71 SpenderInnen, darunter drei Unternehmen aus der Privatwirtschaft (eine Bank, ein Reiseunternehmen sowie eine Unternehmensberatung). Obwohl im Wahlkampfabkommen im Februar dieses Jahres festgehalten wurde, dass alle Parteien Einblick in ihre Einnahmen und Ausgaben geben, hat dies neben den Grünen bis

her nur die CSV getan (insgesamt über 1,3 Millionen Euro Ausgaben). Ihre Spendeneinnahmen bezifferten Christlich-Sozialen in einer Aufstellung, die der woxx vorliegt, aber nicht.

**Nix zu verstecken?**

"Wir haben nichts zu verstecken", sagt derweil ADR-Fraktionssekretär Christian Schaack. Das Spendenaufkommen sei gegenüber 1999 gestiegen, darunter befänden sich viele Spenden zwischen fünf und zehn Euro und einige größere "nicht über 1.000 Euro". Weil die Partei noch mit der Analyse der Wahlniederlage befasst sei, habe man "keine Zeit" für eine genaue Abrechnung gefunden. Die soll Anfang nächsten Jahres kommen. Gleiches gilt für die DP. Die LSAP will ihre Zahlen auf dem Landeskongress im März präsentieren, die Wahlkampfkosten sollen sich auf über 800.000 Euro belaufen. Weniger als ein Zehntel dessen kostete dagegen der Wahlkampf von Déi Lénk. Laut Kampagnenleiter Guy W. Stoos erhielt die Partei nur Privatspenden, darunter eine in der Größenordnung von 1.500 Euro.

Angesichts der Zögerlichkeit einiger Parteien, detailliert Einblick in ihre Konten zu gewähren, insbesondere in Sachen Spenden, darf man gespannt sein, welche Rechte - und vor allem welche Pflichten - die einzelnen Parteien gesetzlich verankern werden, welchen Finanzierungsmodus sie festlegen werden.

Déi Gréng fordern, dass Spenden, die den Betrag von 1.000 Euro überschreiten, nicht in Form von Bargeld erfolgen dürfen und deren SpenderIn namentlich bekannt und im Rechenschaftsbericht einzeln aufgeführt werden muss. Gesetzesverstöße sollen mit Geldstrafen geahndet werden.

Doch Erfahrungen im Ausland lassen zweifeln, ob das ausreicht, um Spendenskandale wie jene der CDU und der Kölner SPD zu verhindern. Als in Deutschland in Folge der aus den Spendenaffären die Parteienfinanzierung re-

formiert wurde, war eine der wesentlichen Änderungen die verbrieft Möglichkeit, Verstöße strafrechtlich ahnden zu können. Denn die Androhung hoher Geldstrafen allein scheint für manchen Parteifunktionär, der illegale Spenden entgegennahm, nicht abschreckend genug zu sein.

So bekamen deutsche Journalisten, die sich als anonyme Spender ausgaben, von Parteisekretären angeboten, ihre Großspenden über Umwege und klein gestückelt anzunehmen. In Frankreich müssen Parteifunktionäre, die illegal Spenden annehmen, ebenfalls mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Im schlimmsten Fall droht die Aberkennung des passiven Wahlrechts.

Auf kommunaler Ebene dürfen 1.000-Euro-Spenden zudem bereits sehr viel Geld sein. Die EU-Verordnung zur Parteienfinanzierung sieht vor, dass Spenden bereits ab einem Betrag von 500 Euro publik gemacht werden müssen.

## Viele Modelle möglich

Auch eine Obergrenze für Spenden, wie sie die deutschen Grünen vorgeschlagen haben, wäre möglich. Das würde die Möglichkeit wenigstens eindämmen, dass Firmen oder Personen durch regelmäßige und hohe Geldsummen versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen ihrer Wahlpartei zu nehmen. Denkbar wäre auch ein generelles Spendenverbot für Unternehmen, wie es in den USA gilt (allerdings auch häufig umgangen wird). Offensichtlich wollen Déi Gréng aber nicht soweit gehen. Beide Überlegungen tauchen in ihrem Papier nicht auf.

Eine Arbeitsgruppe soll zum Frühjahr 2005 die Vorschläge aller Parteien sammeln und diese voraussichtlich bis Sommer zu einem Gesetzestext zusammenfassen. Weil die AG aber lediglich die Chamber-Fraktionen umfasst, sind kleine Parteien wie die Déi Lénk und die KP von der Debatte um einen Finanzierungsmodus ausgeschlossen. Dabei ist ihre Finanzlage besonders prekär. Das sei nur vorläufig so, beschwichtigt der Schriftführer der Arbeitsgruppe, Claude Friesen. Über die Inhalte der Arbeitsgruppe würden sämtliche Parteien informiert.

Doch selbst wenn Déi Lénk und andere in die privilegierte Runde aufgenommen würden - eine außerparlamentarische Debatte über die Vor- und Nachteile verschiedener Finanzierungsmodelle hat es bis heute in Luxemburg nicht gegeben. Das Grunddilemma bleibt bestehen: Wie demokratisch ist es, wenn Parteien, die in der Vergangenheit keineswegs immer durch Transparenz und Offenheit gegläntzt haben, über ihre eigene Funktionsweise entscheiden?

## Den Norden nicht verlieren

Als 1979 die belgische Staatsbahn das Ende der Streckenführung von Gouvy nach Lüttich einzuläuten versuchte, machten vor allem die Eisenbahnergewerkschaften aus Belgien und Luxemburg dagegen mobil. Zunächst mit Erfolg, denn zumindest auf Luxemburger Seite wurde die Strecke in Richtung Lüttich modernisiert und vor allem elektrifiziert. Auch auf belgischer Seite kam es zu Verbesserungen, nicht zuletzt weil der Luxemburger Staat diese mitfinanzierte. Doch einen echten Aufschwung gab es nicht. Inzwischen ist die Strecke von Luxemburg nach Lüttich gegenüber der Konkurrenz Autobahn weiter ins Hintertreffen geraten: Statt anderthalb Stunden im Auto sitzen die Reisenden zweieinhalb Stunden in den selten verkehrenden Zügen, um in die Maas-Metropole zu gelangen. Aber selbst dieses schlechte Angebot ist bedroht. Erneut ist es die belgische Seite, die versucht, den Abbau zu vollziehen. Die Strecke soll ihren internationalen Status (und damit auch die Bezuschussung aus dem Staatshaushalt) verlieren. Die Gewerkschaften beider Länder wollen im Januar einen detaillierten Gegenplan vorlegen: Statt abgebaut, soll die Strecke verbessert werden und Luxemburg in 100 Minuten an den Thalys, den TGV-Nord, anbinden. Das würde nicht nur der Nordstrecke nützen, denn auch Luxemburg selbst riskiert, den Anschluss an das europäische Schnellbahnnetz zu verlieren.

## Alzheimer per Handy?

Handys verursachen Schäden - zumindest bei den Zellkulturen, die zwölf verschiedene Forschungsinstitute in sieben Ländern der Europäischen Union auf Strahlung untersucht haben. Dies meldete die luxemburgische Organisation Bürgerfrequenz. Die so genannte Reflex-Studie ergab, dass elektromagnetische Strahlung von Mobiltelefonen und von Stromleitungen das Erbgut von gewissen Zelltypen schädigen. Dies kann zu Erbgutveränderungen und sogar zu Krebs führen. "Es blieben Schäden für die nachfolgenden Generationen", sagt der Projektleiter Professor Franz Adlkofer. In etwa 15 Jahren könnten demnach gehäuft Gehirntumore auftreten. Derzeit werde in der Forschung diskutiert, ob so auch die Entstehung von Alzheimer zu erklären sei. Ernsthafte Ergebnisse seien aber erst in fünf Jahren zu erwarten, schränkte Adlkofer ein und mahnte weitere Nachforschungen an. Tests an Tieren und sogar Menschen seien erforderlich. Bis dahin wird die Reflex-Studie wohl weiter heftig kritisiert werden. Sie sei zu wenig standardisiert, die Ergebnisse teilweise widersprüchlich, heißt es aus diversen Quellen.

## Nächste Woche: Buying Green

Von der Sparbirne zum emissionsarmen Bus: Öffentliche Verwaltungen haben beim Einkauf viel Power, um Nachhaltigkeit in die Praxis umzusetzen. Unser Dossier beleuchtet die Entwicklung im Bereich des "Green Public Procurement" - in der EU und in Luxemburg.

## Renovierung ohne uns

Klein hat er angefangen, der woxx-Vorgänger GréngSpoun. Zunächst untergebracht in einer ungeheizten Mansarde in der Avenue Emile Reuter, fand ein erster Qualitätssprung statt, als der "Spoun" ins Erdgeschoss des landbekannten "Streckeisen" umzog. Auf den ersten Blick ein urbanistisches Kleinod am Boulevard de la Pétrusse, aber leider sehr in die Jahre gekommen und mit der Zeit viel zu klein für die wöchentlich erscheinende Zeitung. Als das Haus zum Verkauf angeboten wurde, träumten die Spoun-MacherInnen davon, aus der historischen Immobilie "ihr" Verlagshaus zu machen. Allerdings waren in den damaligen Boomjahren die Immobilienpreise für das finanziell arg bedrängte Blatt unbezahlbar. So zog mensch um und besuchte nur noch dann und wann das alte Haus - um feststellen zu müssen, dass es fast zehn Jahre leer stand und anscheinend keinen Nehmer fand. Jetzt hat sich die Gemeinde des Ganzen angenommen und wird für teures Geld StudentInnenwohnungen in dem dreieckigen Altbau einrichten. Bei der Einweihung werden wir dabei sein, schon allein aus Neugier: Um zu sehen, ob zum Beispiel das alte Klo, das wir damals mit der Nachbarin teilen mussten und das eines Winters schon mal zugefroren war, immer noch existiert.